Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlag Rudolf Mosse in Berlin,
Süd- und Berling von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Erklärung von San Remo.

Der Wortlaut.

Die Erklärung von San Remo ist eine Notiz mehr, sondern mündlicher Meinungsaustausch.
Der Wunsch nach präzisen Vorschlägen Deutschlands.

Paris, 26. April. (W. T. Z.)

Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo
zum Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat
folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn
Coppet vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ge-
schehen des deutschen Reichswehrens, ein Heer von
200 000 Mann anstatt der im Vertrag von Versailles vor-
gesehenen 100 000 Mann zu unterhalten, enthält, ein Heer,
das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, be-
handelt wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären,
daß ein Vorstoß dieser Art nicht einmal geprüft
werden kann, solange Deutschland die wichtigsten Ver-
pflichtungen des Friedensvertrages nicht
erfüllt und sich zur Entlassung schreit, von
der der Weltfrieden abhängt. Deutschland hat seine
Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Bestrafung
des Kriegsmaterials noch der Herausgabe der Effekte, noch
der Kohlenlieferungen, noch der Wiedergerückten, noch
der Reparationsleistungen. Es hat weder Genugtuung
gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge,
die wiederholt auf Mitglieder alliierter Missio-
nen verübt wurden. Es hat auch nicht, wie es im Pro-
tokoll des Friedensvertrages vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen,
um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachung
zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren
Ausführung zu zahlender Gesamtbetrag festgesetzt werden kann.
Es hat auch die Gerechtigkeit der eine Regelung dieser Art
nicht im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutsch-
land scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es
seiner Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie
verfallen.

Die Alliierten lehnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen
die deutsche Regierung gegenübersteht, und suchen die nicht eine
unangenehme Interpretation des Friedensvertrages aufzuwin-
nen, aber sie sind einzig in der Erklärung, daß die Fortsetzung der
Verhandlungen des Friedensvertrages von Versailles nicht davon
abhängt, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die
Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, und
daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen,
wenn es notwendig ist, auch zur Befestigung eines neuen
Teiles des deutschen Gebietes zu scheitern, um die Aus-
führung des Vertrages sicherzustellen. Die Alliierten erklären
daher, daß sie nicht die Absicht haben, irgendeinen Teil des deutschen
Gebietes zu annektieren.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Fried-
ensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung
ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen **am leichtesten
und am schnellsten** durch einen **Meinungsaustausch zwischen den
Regierungsoberhäuptern** sich erledigen lassen, die
Chefs der alliierten Regierungen zu einer direkten Konferenz
mit den Chefs der deutschen Regierung einzu-
laden. Sie wünschen, daß für die vorangehende Zustimmung die
deutsche Regierung ihnen **präzise Erklärungen und Vor-
schläge** über alle angeführten Gegenstände unterbreitet. Wenn
von einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt
werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen
Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Or-
dnung und das wirtschaftliche Wohlbefinden Deutschlands bezie-
hen. Der deutsche Staat muß begreifen, daß die Fortsetzung der All-
iierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages eben-
falls ein Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt
wieder einzunehmen, in der lokalen Ausführung der Ver-
pflichtungen, die es unterzeichnet hat, besteht.

Die Konferenz ist beendet. Die Teilnehmer reisen morgen ab.

Die Erklärung der Alliierten erscheint in der Formulierung
einer Note, die einige Nuancen härter als der zunächst
verbreitete Auszug erkennen läßt. Herr Millerand wird,
wenn er das Scheitern seiner Politik verurteilt, auf Worte
hinwirken können, die ihm ganz Genugtuung zu geben scheinen,
und die nationalpolitische Pariser Presse wird vermutlich ver-
sichern, Frankreich habe in San Remo gesiegt. Die Erklärung
läßt sich jedoch nicht so leicht verstehen, wie die Pariser Blätter
in ihren Reden zu tun pflegen und wie die Berliner Blätter
es täglich in ihren Artikeln tun, all' die von Deutschland ange-
gebenen nicht erfüllten Vertragsbedingungen auf. Soweit Be-
dingungen wirklich unerfüllt geblieben sind, sind wir selbst-
verständlich der Meinung, daß in lokaler Weise alles er-
reicht werden kann, was die deutsche Regierung zu tun hat.
Die deutsche Regierung sollte Entschuldigungen durch Vorbrachten,
aber offenbar hat der liebe Einbruch den das Verhalten des
deutschen Hofes in London und Paris nicht entschuldigen kann.
Die deutsche Regierung hat in San Remo nachgewiesen, wenn
die Erklärung demnach, daß Deutschland das Gesamtvertrage
für die Restitutions des Gesamtvertrages
den es zahlen könne und wolle, gemacht habe, so ist dazu
zu bemerken, daß eine besondere Kommission von
Finanzfachverständigen über diese unangenehme wichtige
Frage beraten hat. Die Schwierigkeiten sind aber sehr
groß, und zu einem einseitigen Resultate ist man bisher
allerdings noch nicht gelangt.

Solange Deutschland die Bedingungen nicht erfüllt und
nicht zur Entlohnung schreitet, verweigern die Alliierten

logar die Prüfung des Antrages, die Riffer der
Reichswehr von 100 000 auf 200 000 Mann zu er-
höhen. Wir wiederholen, was wir schon am Montag früh
und heute morgen gesagt haben: daß die Ueberreichung
der 200 000 Mann-Rote in diesem Augenblick ein
Fehler gewesen ist. Sie war ein Fehler, weil die fort-
währenden Märschen, Agitationen und Aufregungen
während der Wahlperiode die Stimmung für eine solche Er-
höhung auf das ungünstigste beeinflusst haben, und weil die
Konferenz in San Remo unter dem Einbruch dieser dummen
und verbrecherischen Treiben stand. Die russischen
oder auffälligen reaktionären deutschen Offiziere
tragen die Schuld daran, daß Herr Millerand den schönsten
Vorwand für die Befestigung des deutschen Antrages ge-
funden hat. Die Ueberreichung der Rote war aber auch ein
Fehler, weil gerade jetzt in San Remo über die türki-
schen Fragen verhandelt wurde und weil, wie hier im
Montagsartikel gesagt wurde, für Lloyd George bei seinen
türkischen Plänen die Zustimmung Frankreichs wichtig war.
Man darf nicht mitleiden in solche Verhandlungen, denn man
muß die über die Reichswehrerhöhung, hineinwerfen, denn man
muß damit nur dem Gegner, nicht sich selbst. Es konnte auch,
genau ohne Grund, so aussehen, als wollte man schnell die
Meinungsverschiedenheiten ausmerzen, die in San Remo
bestanden und über die gerade die französische Presse
soviel schrieb. Es darf aber niemals so aussehen,
als hege man solche Absichten, und ein besorgter Einbruch
darf gar nicht erst entstehen. Wenn eine Dame mit ihrem
Begleiter sich vernünftig hat, so ist es immer gefährlich für
einen Dritten, diese Situation auszunutzen zu wollen. Die
Dame wird ihrem Begleiter entrückt, wenn man ihr
Liebeslied zugehört habe, und die Einigung wird sich auf
Kosten des Dritten vollziehen.

Die Erklärung, deren erster Teil für die französischen Ge-
müter bestimmt ist, hat aber einen ganz anderen zweiten
Teil. In ihm sieht man die Hand Lloyd Georges, den
Einfluss des klugen Ritti und die von diesen beiden gegen
Millerand und gegen den französischen Militarismus ange-
bahnte neue Politik. Den Uebergang von den französischen
Plänen zu den englisch-italienischen bildet die Bemerkung, daß
die Alliierten die Schwierigkeiten nicht ablehnen, wenn die
deutsche Regierung geneigt ist, und ihr nicht eine allzu
engstirnige Interpretation des Friedensvertrages aufzwingen
wollen. Dazu gehört auch die auf Wunsch Lloyd
Georges und Rittis abgegebene Versicherung, — wobei
keine Annullation des deutschen Gebietes beabsichtigt — wobei
für allerdings darauf hinzuweisen ist, daß die Pläne für
eine Auflösung des Deutschen Reiches und für die
Schaffung selbständiger Staaten mindestens so vorderlich
und aufwendig sind wie die brutale Annexion. Dann folgt
die Ankündigung, daß die Chiefs der deutschen Re-
gierung zu einer gemeinsamen Konferenz mit
den Chiefs der alliierten Regierungen ein-
geladen werden sollen. Sehr richtig heißt es in der Erklärung,
daß eine Verständigung weit leichter durch einen direkten
Meinungsaustausch als durch Noten — deren es schon
viel zu viele gegeben hat — zu erzielen sei.
Die Chiefs der deutschen Regierung sollen zu
der Konferenz präzise Erklärungen und Vorschläge über alle
angeführten Gegenstände — also auch über die Reichswehr-
erhöhung, und man werde nach einer Regelung der Fragen,
nützlich, und man werde nach einer Regelung der Fragen,
die sich aus dem Friedensvertrage ergeben, mit ihnen auch
alle Fragen diskutieren, die sich auf die innere
Ordnung und das wirtschaftliche Wohlbefinden
Deutschlands beziehen. Das ist ein erheb-
licher Schritt vorwärts — vielleicht ein bedeutungsvoller Schritt.
Wenn Herr Millerand und die französische Presse zurückden
sind, freuen wir uns dieser Uebereinstimmung — vor allem
einwichtig europäischen Politik Rittis, die sich zu dem Kon-
ferenzprotokolle verdichtete und der Lloyd George sich angeschlossen
am Ende der Beratungen von San Remo wie am Ende der
Erklärung steht.

Die Entschädigung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die Mäntel melden übereinstimmend aus San Remo, die
Wiederherstellung, die von Deutschland verlangt wurde,
betragen 90 Milliarden Goldmark, in dreißig Jahres-
raten von je 3 Milliarden abgezahlt werden. Das wäre die Rate je
nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands abgemindert
werden. England habe 50 Milliarden vorgeschlagen, aber Mil-
lerand wolle nicht nachgeben. Der Gedanke, daß die Staats-
bankrott der Entente mit dem deutschen Reichsbankrott in einem Tisch
verhandelt werden, ist der französischen Meinung sehr lästig, und
man sucht nach Auswegen. Der „Matin“ erklärt es für selbstver-
ständlich, daß die Sache so verlaufen müsse wie in Ver-
ständlich, daß die verbundenen Politiker müssen aus vorher
untereinander verstehen und die Deutschen dürfen nur
über die Art der Ausführung das Wort ergreifen.
Nach einer Tages-Nachricht aus San Remo hat der Oberste Rat
in seiner heutigen Vormittagssitzung endgültig die gemeinsame
Erklärung gebilligt. Die Annahme des Textes habe
Gelegenheit zu einer bedeutenden Diskussion
gegeben. Ritti habe sich gegen militärische Maßnahmen
ausgesprochen. Lloyd George und Millerand hätten sich die Not-
wendigkeit dieser Eventualität bewiesen, der japanische Bot-
schafter Matsui und Symans im Namen Belgiens hätten sich
den französisch-englischen Standpunkt ange-
schlossen, der schließlich gegielet habe.

Neu-Berlin.

Die Aufgaben der Einheitsgemeinde.

Von Dr. Paul Michaelis.

Der Gesetzentwurf über die neue Stadtgemeinde
Berlin wurde in der heutigen Sitzungsabstimmung der
Landesversammlung mit 164 gegen 148 Stim-
men bei 5 Stimmentzählungen angenommen.

Ueber zahllose kommunale und parlamentarische Klippen
hinweg ist die neue Stadtgemeinde Berlin im Gange der Gesetz-
gebung gelangt. Im den Rahmen des neuen Gemeinwe-
sen brauchte man sich nicht lange zu streiten. Berlin als die Mutter-
stadt hat den ersten Anspruch darauf, sich im Kronz seiner Leber-
terstädte zu behaupten. Die Kommission hat sich für die
Berlin weiter leben sollte. Die Kommission hat sich für die
alte Bezeichnung „Berlin“ entschieden und nur im Geiste
der neuen Stadtgemeinde „Neu-Berlin“ gesprochen. An Stelle
dieser etwas schmerzlichen Wendung trifft vielleicht der Aus-
druck „Neu-Berlin“ die Stimmung der Lebergenossenzeit.
Aber es dauert hoffentlich nicht lange, bis sich der alte Name
Berlin auch auf die neue Stadtgemeinde eingebürgert hat.

Durch den Zusammenstoß mit den städtischen und länd-
lichen Gemeinden seiner Umgebung wachst sich das neue
Berlin zu einer der wenigen Weltstädte aus, die in der
bisherigen Geschichte der Kulturgeschichte kein Vorbild haben,
ganz einfach, weil die technischen Vorbedingungen fehlten, die
einer so großen Bevölkerungsmasse engen Raum ermöglichen,
wohnen auf einem verhältnismäßig engen Raum ermöglichen.
Sieht man von Neu-York ab, das bereits über alle
europäischen Maßstäbe hinausgewachsen ist, so wird Neu-
Berlin mit seinen 380 000 Einwohnern nur um ein geringes
von London und Paris überflügelt werden: Wien steigt
bereits hinter ihm zurück und dürfte, wenn es in den Parteien
des Ententefriedens bleibt, bald nur noch in einem weiten
Abstand folgen. Es ist ein Zeichen des unüberwindlichen
Lebenswillens und hoffentlich auch der unüberwindlichen
Lebenskraft des deutschen Volkes, daß es in dieser Zeit der
nationalen und wirtschaftlichen Depression überaupt den
Mut findet, eine städtische Einheit derartigen Umfangs zu
schaffen. Neu-Berlin mit seinen fast vier Millionen Ein-
wohnern ist nur verständlich und lebensfähig als die Zu-
sammenballung einer ungeheuren nationalen Energie, die sich
auch durch den furchtbaren Nachschlag des Weltkrieges nicht
entmutigen läßt. Es bedeutet den Entschluß zum Wiederaufbau
im größten Stil und zur nationalen Einheit.

Bis zu einem gewissen Grade sind alle solche organisierten
Nahnahmen ein Sprung ins Dunkle. Führt die gegen-
wärtige Depression zu einem dauerhaften Erlahmen der natio-
nalen Kraft, dann bleibt das vorliegende Gesetz über die neue
Stadtgemeinde ein Begriff ohne Inhalt. In es würde den
Niederzug nur noch deutlicher machen. Das Gesetz kann nur
einen allgemeinen Rahmen schaffen. Sein Inhalt
muß erst aus der Tatkraft und dem Gemeinwillen der Berliner
bürgererschaft erzeugt werden. Deshalb gilt es jetzt, alle
Meinungsverschiedenheiten bei Seite zu schieben, alle Ver-
ärgerung über Bord zu werfen und das einigende Band in
einer großzügigen Gemeinschaftsarbeit für die Lebensfähigkeit
des neuen Berlins zu suchen.

Das Gesetz über die neue Stadtgemeinde stellt die eine
brauchbare Handhabe zur Verwirklichung der Mißlungsgemeinde
Es hat eine neue Kombination zwischen Verantwortlichkeit und
Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Glieder gefunden. Der
Aufbau der übrigen in Frage kommenden Metropolen ist nach
Möglichkeit berücksichtigt worden, aber schließlich ist eine
originale Schöpfung zustande gekommen, die kein
direktes Vorbild hat. In einzelnen Teilen zeigt das Gesetz
die Spuren zahlreicher Kompromisse, wie sie sich aus den
Rückfragen auf die historische Entwicklung, auf die Beziehungen
der Reichshauptstadt zu der Provinz Brandenburg, auf die
verlegenenartigen Verhältnisse der westlichen und östlichen
Vororte und auf den weit fortgeschrittenen Ausbau einzelner
im Berliner Weichbilde erwachsener Vorortgemeinden er-
geben. Auf dem Gebiet der Schule hat sich das Selbst-
bestimmungsrecht der Einzelgemeinden durchgesetzt, und auch
der Selbstverwaltung der einzelnen Bezirke sind Zugestän-
nisse gemacht worden. Die Frage bleibt offen, ob hier überall
der richtige Mittelweg gefunden worden ist. Auch bei der
Zusammenlegung der einzelnen bisher selbständigen Gemein-
den zu Bezirken bleiben manche Wünsche unberücksichtigt.
Aber das Gesetz selbst bietet die Möglichkeit, einzelne Ver-
stimmungen, die sich als unpraktisch erweisen sollten, zu
korrigieren. Der ganze Zusammenstoß zur Einheitsgemeinde
behält eine gewisse Elastizität, die automatisch zur Befriedigung
von Härten führen dürfte.

Die wichtigste Aufgabe ruht in der neuen Stadtver-
ordnetenversammlung, die noch im Laufe des
Sommers gewählt werden muß. Wenn man die ungenügende
Umwicklung berücksichtigt, die schon durch die neue Grup-
pierung des Berliner Magistrats und der Bezirksverwaltungen
sich ergibt, dann wird man den demokratischen Wunsch, die
Einheitsgemeinde selbst erst mit dem ersten Oktober sein
Leben treten zu lassen, begreiflich finden müssen. Aber damit
zu diesem Termin an die Stelle der bisherigen Verhältnisse
ein lebensfähiges Gebilde tritt, müssen umfangreiche
Vorarbeiten vorangehen. Nichts wäre dem Sinn und
Ampel der Neuorganisation mehr zuwider, als wenn die Ueber-
führung in das neue Gemeinwesen auf bureaukratischen
Wege erfolgen sollte. Der liegt vielmehr die erste und wichtigste
Aufgabe der Neu-Berliner Stadtverordnetenversammlung,
die deshalb so bald wie möglich ihre Tätigkeit aufzu-
nehmen hat. Im kleineren, aber zum geringeren Maßstabe
wird sie sich als eine fortsetzende Versammlung nach der
Art der Nationalversammlung zu bewahren haben. Dazu ist
erforderlich, daß eine sorgfältige Auswahl der